

Florian Hartleb

Deutsche Kleinparteien

Andreas Schulze: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-establierter politischer Vereinigungen, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 2004, 45,90 Euro.

Hans-Jörg Dietsche: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems. Eine funktionalistische Typologie unter Vergleich mit dem Vereinigten Königreich, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2004, 51,50 Euro.

An jeder größeren Wahl in der Bundesrepublik partizipiert neben den allseits bekannten eine Vielzahl von Kleinparteien. Nur in wenigen Fällen schaffen Kleinparteien den Sprung aus dem „Null-Komma-Ghetto“. Kürzlich und spektakulär gelang es der neu gegründeten WASG, die durch die PDS quasi „huckepack“ in den Bundestag getragen wurde. Es liegt auf der Hand, dass Öffentlichkeit wie Wissenschaft derartige Parteien als

bizar anmutende Erscheinungen geißeln. Abschätzige Bezeichnungen wie „Zwergparteien“, „Liliputparteien“, „Splitterparteien“ oder „sonstige Parteien“ kursieren. Kleinparteien stehen meist dann im Blickpunkt, wenn es sich um extremistische Parteien handelt oder elektorale Ad-hoc-Erfolge gelingen.

Kleinparteien tragen zu einem unabdingbaren politischen Pluralismus bei, sie entwickeln eigenständige politische Ideen. Die Kehrseite der Medaille: Manche von ihnen neigen zu Vereinsmeierei, repräsentieren Besserwisser und Querulanten. Des vernachlässigten Themas haben sich nun gleich zwei Dissertationen angenommen, beide mit dem Schwerpunkt Deutschland.

Forschungslücke Mikrokosmos

Nicht ohne Grund: Eine Forschungslücke ist vor allem bei nichtestablierten demokratischen Kleinparteien auszumachen, die trotz relativ langer Le-

bensdauer kaum Erfolge bei Wahlen verbuchen konnten. Der Blick auf den Mikrokosmos der Kleinparteien, nicht nur auf die etablierte „Konkurrenz“, eröffnet der Parteienforschung neue Perspektiven, bedeutsam für allgemeine Darstellungen des Parteiensystems.

Hintergründe des Auf- und Abstiegs

Der Politikwissenschaftler Andreas Schulze nimmt sich der verdienstvollen Aufgabe an zu ergründen, weshalb die meisten deutschen Kleinparteien an ihrem Ziel einer dauerhaften Etablierung scheitern. Welche gesellschaftlichen, organisatorischen und politischen Voraussetzungen müssen grundsätzlich gegeben sein, damit eine Kleinpartei zur Großpartei wird? Schulze geht konventionell, wiewohl wenig innovativ, vor, indem er ausgewählte Parteien nach ihrer historischen Entwicklung, Programmatik und Struktur untersucht. Dabei erfolgt eine Unterteilung zwischen

nichtetablierten und etablierten Kleinparteien. Für die erste Gruppierung führt er die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die Deutsche Soziale Union (DSU) sowie den Bund freier Bürger (BfB) an, für die zweite die Freie Demokratische Partei (FDP), Bündnis 90/Die Grünen und die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS).

Der Autor arbeitete akribisch, griff neben dem gedruckten Schrifttum auf nichtpubliziertes Material zurück und führte mit über hundert Personen Interviews. Eine Reihe von Facetten bringt Schulze ans Tageslicht, zum Beispiel die der medialen Berichterstattung über Kleinparteien in Deutschland: „Im TV-Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahl gibt es inzwischen eine Tradition, dass sich die Kleinparteien an einem Abend dem potenziellen Wähler präsentieren können. Allerdings wirken diese Sendungen eher wie ein Panoptikum, nicht wie eine seriöse Auseinandersetzung mit Zielen, Programmen und Personen [...]. Wie im Zoo stehen die Vereinigungen zur Schau.“ (Seite 347)

Laut der treffenden Analyse des Autors fristen im deutschen Parteiensystem regionale, ethnische sowie konfessionelle As-

pekte lediglich ein Schattendasein. Deutsche Kleinparteien konnten in der Regel kein „Cleavage“ besetzen. Etwas unsystematisch wirkt, dass Schulze ohne konkrete Fragestellung die Geschichte deutscher Kleinparteien nach 1945 darstellt. Gleichwohl fällt das Fazit des Rezessenten positiv aus: Andreas Schulze hat eine informative, gut lesbare Arbeit verfasst, die viel über die Hintergründe von Auf- und Abstieg der Kleinparteien verrät.

„Sollbruchstellen“ der Volksparteien

Ein auf den ersten Blick stärker theoretisch orientierter Überbau liegt der Arbeit von Hans-Jörg Dietsche zu Grunde. Die etwas umständlich formulierte Kernthese: Zweikräftesysteme, die von zwei auf breiteste Integration angelegten Volksparteien beherrscht werden, weisen ihm zufolge „Sollbruchstellen“ in ihrer Integrationsfähigkeit auf. Diese dienten kleineren Parteien als „Marktlücken“ im Parteienswettbewerb, drei Typen von Kleinparteien entstünden: außen an den extremistischen Rändern der Volksparteien als „Flügelparteien“, in der Mitte zwischen den Volksparteien als „Scharnierpartei“ sowie in räumlichen Lücken

des Staatsgebietes als „regionale Partei“.

Die Kategorien überprüft der Autor anhand von Fallbeispielen. Bündnis 90/Die Grünen, Republikaner und Deutsche Volksunion (DVU) subsumiert er unter Flügel-, die FDP unter Scharnierpartei, PDS, die (ehemaligen) Hamburger Parteien STATT Partei und Schill-Partei, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) und die Arbeit für Bremen und Bremerhaven (AfB) unter Regionalpartei.

Die Einstufung der Grünen als Flügelpartei verwirrt, trifft Dietsche doch folgende Aussage: „Der Idealtypus der Flügelpartei betrachtet sich als Korrektiv der Großpartei, das bestimmte ideologische Grundannahmen nicht einem machtpolitischen Pragmatismus opfern möchte.“ (Seite 99) Spätestens die Regierungsbeteiligung der Grünen seit 1998 beweist eher das Gegenteil.

Ähnlich problematisch wirkt die Einstufung der FDP: Ihre vermeintliche Marktlücke, der Neoliberalismus, ist längst zu einem Prinzip auch der beiden großen Volksparteien geworden.

Regionalparteien ohne Eigenständigkeit

Der Typus der Regionalpartei hat keinen eigen-

ständigen Charakter, spielen doch, wie Schulze nachweist, ethnische Aspekte im deutschen Parteiensystem nur eine geringe Rolle. Der Hintergrund bei Betrachtung von AfB, Schill-Partei und STATT Partei ist vielmehr ein anderer: In einem Stadtstaat haben Neugründungen und die Wahlteilnahmen von Kleinparteien den am deutlichsten erkennbaren Sinn, fällt es ihnen doch dort erfahrungsgemäß leichter, die Fünfprozenthürde zu überwinden und ohne professionellen Parteiapparat einzelne Erfolge zu erringen. Die von Schulze als nicht-establierte Parteien behandelten

ÖDP, DSU und der BfB tauchen bei Dietsche nicht auf. Auch christlich-fundamentalistische Parteien wie die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) oder „politische Sekten“ wie die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) lässt der Autor unberücksichtigt.

Forschung weiterentreiben

Aufgrund der vielen Einwände überzeugt das Analysemodell keineswegs. Der knappe Vergleich, den Dietsche anschließend zu kleineren Parteien im Vereinigten Königreich zieht, modifiziert das Urteil nicht: Er ist

zwar im Untertitel des Buches aufgeführt, geht merkwürdigerweise aber nur ansatzweise auf die zentrale Kleinparteientypologie ein. Die hohe Zahl an stilistischen Fehlern und holprigen Formulierungen – äußerst ungewöhnlich für eine überarbeitete Dissertation – trübt das vor dem Auge des Lesers entstehende Bild noch mehr. Sinnvoll wäre es auf jeden Fall, die beiden Untersuchungen zu den Kleinparteien, vor allem diejenigen von Andreas Schulze, für weitere konzeptionelle Überlegungen sowie breiter angelegte internationale Vergleiche zu nutzen.

*Die Maiausgabe der Politischen Meinung wird sich
in einer Sonderausgabe ihrem*

fünfzigjährigen Bestehen

widmen. Die erste Ausgabe erschien im Juni 1956.

*Neben der historischen Entwicklung der Politischen Meinung
werden auch die spezifischen Aufgaben politischer Monatszeitschriften
und ihre Rolle in der politischen Kommunikation thematisiert.*

*Porträts ehemaliger Chefredakteure sowie
Auszüge aus älteren Ausgaben zur Dokumentation
einiger Meilensteine in der Geschichte der Politischen Meinung
runden das Jubiläumsheft ab.*